

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 34.

Der "Holzarbeiter" erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern durch die Post zum Preis von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Unterabnahmen nur gegen Voranschlagung. — Geldsendungen nur: Poststellekonto 7718 Köln.

Cöln, den 20. August 1915.

Abonnentenpreis für die viersept. Zeitung 20 Pfg. Stellengebühr und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln. Venloerwall 9. Telefonus B. 1746. — Redaktionsschluss ist Montag Mittag.

16. Jahrg.

Gegen die Lebensmittelsteuerung.

Das Problem der Lebensmittelpreise beschäftigt angenommen die weitesten Kreise der Bevölkerung. Eine Reihe von Maßnahmen sind von staatlichen und katholischen Behörden getroffen worden, um den Preissteigerungen zu steuern. Trotzdem wollen diese kein Ende nehmen. Es scheint, daß die Lebensmittelwucherer immer wieder bei allen behördlichen Maßnahmen ein Loch gefunden, durch das sie entschlüpfen konnten, um ihr schändliches Treiben fortzuführen. Der Gesamtverband der christl. Gewerkschaften hat sich daher veranlaßt gesehen, in Verbindung mit mehreren anderen großen Organisationen an den hohen Bundesrat und Reichstag, an den Herrn Reichskanzler, das Reichsamt des Innern, den Großen Generalstab, das Kriegsministerium, das Reichsmarineamt, die Reichsgetreidestelle, an die einzelstaatlichen Ministerien etc. die nachstehende Eingabe zu richten:

In dem Erlass des königlich-preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe an die Handelsvertretungen wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die vorige Steigerung der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs für die Lebensführung und Existenzsicherheit großer Schichten Gefahren in sich birgt, denen mit allem Nachdruck entgegengewirkt werden muß. Ein Vergleich der im Kleinhandel gezahlten Preise für die Hauptnahrungsmittel der minderbemittelten Bevölkerung ergibt, daß seit August des vorjährigen Jahres eine Steigerung von 100—300 Prozent eingetreten ist, was im einzelnen aus dem Anhang erschen werden kann. Es kann kein Zweifel obhalten, daß in vielen Familien, die auf das gleiche oder gar ein noch niedrigeres Einkommen wie früher angewiesen sind, außerordentliche Erschwernisse entgegengesetzt sind. Die bisherigen Erfolge eines hohen Bundesrates und der Generalkommandos haben eine wirkliche Aenderung dieser ungefundenen Verhältnisse nicht herbeizuführen vermocht. Sie bedürfen der Erweiterung und weiterer Ausgestaltung.

Das Rückgrat der Volkernährung beruht auf Brot, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Mühlenprodukten etc. Die beiden einzigen Nahrungsmittel, die nun sonst für den gleichen Preis mehr Nährwerte liefern als Brot, nämlich die Kartoffeln und Hülsenfrüchte, sind aber von der Erneuerung besonders stark betroffen worden.

Neben Höchstpreisen für Mehl und Brot erweisen sich eine durchgreifende Regelung der Kartoffelversorgung, Höchstpreise für Mühlenprodukte, Hülsenfrüchte und Teigwaren und eine Sicherstellung der Milchversorgung als unvermeidlich.

Höchstpreise für Brot und Mehl.

Durch einen hohen Bundesrat sind die Preise für Getreide in der Höhe des Vorjahres festgelegt. Die augenblickliche Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis übersteigt die der Friedenszeit immer noch um 40 bis 45 Mark pro Tonne. Im April-Juli 1914 betrug die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis 37 Mark. Augenblicklich beträgt dieser Unterschied nach den Preisen der Kriegsgetreidegesellschaft mindestens noch 100 Mark pro Tonne. Es erscheint deshalb notwendig, daß der Mehlpreis der Kriegsgetreidegesellschaft oder der jetzigen Reichsgetreidegesellschaft mindestens noch um 40 Mark pro Tonne ermäßigt wird. Den Kommunen wäre vorzuschreiben, daß auf diesen Mehlpreis höchstens 10 Mark pro Tonne für ihre Unkosten aufgeschlagen werden dürften. (Es sind uns Fälle bekannt, in denen 50 Mark berechnet worden sind.) Zu dem vorgeschlagenen Sothe könnten höchstens noch die Fuhrspesen ab Lager bis zum Hause des Verbrauchers in Airechnung gebracht werden. Auf diese Weise wäre es möglich, eine Mehlpreisermäßigung von 40 bis 45 Mark zu erreichen, wodurch eine Brotpreisermäßigung von 6 bis 7 Pfg. pro Pfund möglich wäre. Weiterhin erscheint es notwendig, die Kommunen und Selbstbewirtschaftungsverbände zu verpflichten, Höchstpreise für Brot festzulegen. Diese Höchstpreise müßten sich für Brotgebäck aus Roggenschrot (Schwarzbrod) in der Höhe des Brotpreises und bei den anderen Brotarten höchstens 10 Prozent über den Mehlpreis stellen. Heute kostet das Kriegsbrod an vielen Stellen 25 Pfg. und mehr pro Pfund,

ein Preis, der gegenüber den Getreidepreisen als ungerechtfertigt hoch bezeichnet werden muß. Bei Kleingebäck bis zu 100 Gramm ist gegenüber dem Mehlprix eine Steigerung um 50 Prozent als angemessen anzusehen.

Kartoffeln.

Nächst dem Brot sind das wichtigste Nahrungsmittel für die breite Masse die Kartoffeln. Es erscheint notwendig, daß diejenigen Mengen, die für die menschliche Ernährung gebraucht werden, von Reichs wegen beschlagnahmt und enteignet und an der im Frieden herkömmlichen Einkellerrungszeit im Herbst zur Verfügung gestellt werden. Des weiteren müssen unverzüglich Höchstpreise festgesetzt werden. Wir halten

bräuchliche Ersatzmittel für Bohnenlassee, billiger würde. Augenblicklich beträgt der Kleinhandelspreis für Malzkaffee 55 Pfg. pro Pfund, während er vor dem Kriege auf 25—30 Pfg. pro Pfund im Preise stand. Bei einem Preis von 300 Mark pro Tonne Kaffee würde man unbedingt mit einem Kleinhandelspreis von 40 Pfg. auskommen.

Teigwaren.

Bei dem anerkannten Mangel an eiweißhaltigen Nährstoffen, insbesondere Fleisch, muß dem Haushalt der ärmeren Bevölkerung weitgehender Gebrauch von Teigwaren ermöglicht werden. Augenblicklich jedoch beträgt der Preis im Kleinhandel 70 Pfg. und mehr pro Pfund. Damit ist eine ausgiebige Verwendung für breite Kreise der minderbemittelten Bevölkerung ausgeschlossen. Bei einem Mehlprix von 30—35 Mark stellt sich der Fabrikationspreis von Nudeln auf höchstens 50 bis 55 Mark pro 100 Kilo, auf welchen Sich der Großhandelspreis festgesetzt werden könnte. Der Kleinhandelspreis könnte dementsprechend 25 Pfg. pro Pfund betragen.

Hülsenfrüchte.

Deutsche gelbe Erbsen werden augenblicklich wieder zu dem unerhört hohen Preis von 105 bis 110 Mark pro Doppelzentner angeboten und gehandelt. In Friedenszeiten ist dieser Preis 26 bis 30 Mark gewesen. Bei Jubiläum selbst eines Kriegsgewinnes halten wir einen Preis von 10 Mark für außerordentlich hoch. Wir beantragen für den Produzenten höchstens 45 Mark, für den Großhandel einen fünfsprozentigen Aufschlag festzusetzen. Im Kleinhandel könnte dann gelbe Erbsen mit 32 bis 35 Pfg. pro Pfund verkauft werden.

Sicherung der Milchversorgung.

Ta schon jetzt über Milchknappheit Klage geführt wird und eine weitere Steigerung dieser Knappheit droht, ist auch eine Sicherstellung des Milchbedarfs erforderlich. Die so wie so beschränkte Milchmenge wird noch mehr verringert durch die allenthalben zu beobachtende Zunahme der Verarbeitung zu Butter. Je mehr der Butterpreis steigt, desto höher wird der Anteil zur Verbutterung. Dadurch wird der Milchvorrat gefährdet. Es erscheint demgemäß dringend geboten, diesen der Volksgesundheit zuwiderlaufenden Tendenzen entgegenzuwirken. Zu diesem Zwecke beantragen wir:

1. Festsetzung eines Höchstpreises für Butter. Ein Sack von 1,50 Mark pro Pfund erscheint angemessen.

2. Verbot der Darreichung von Butter zu Großbelag in Hotels und Restaurants. (Ersatz Marmelade, Honig und dergl.).

3. Verbot der Verwendung von Milch und Butter zum Verbacken und zur Sohnebereitung.

4. Eine Anweisung seitens der Reichsregierung an die einzelnen Bezirke bzw. Konsumgebiete betreffend Festlegung von Höchstpreisen erscheint angezeigt.

Unsere Darlegungen beziehen sich auf die notwendigsten Lebensmittel der ärmeren Bevölkerung. Bei den Preisvorstellungen sind die durch den Krieg begründeten erhöhten Gestaltungskosten bereits berücksichtigt. Umso mehr dürfen wir uns der Erwartung hingeben, diese wohlgegründeten Vorschläge berücksichtigt zu sehen.

Ergebnis

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

A. Stegerwald.

Reichsverband deutscher Konsumvereine

Peter Schlaef.

Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands

Pfarrer Dr. Weber.

Verband der katholischen Arbeitervereine Deutschlands

Direktor Dr. O. Müller.

Verband der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands

Verbandsvorsitzender L. Walterbaß.

